

## Minister Armin Laschet: KiBiz-Konsens bleibt bestehen - Verbändeanhörung steht vor Abschluss

Am 17. April 2007 endete die schriftliche Anhörung der Träger und Verbände zum Referentenentwurf des neuen Kinderbildungsgesetzes (KiBiz). Alle Stellungnahmen zeigen, dass sich die Träger intensiv und konstruktiv mit dem Entwurf auseinandergesetzt haben. In einigen Teilen des Entwurfs hat sich allerdings der Wunsch nach Präzisierung ergeben. Dies betrifft folgende Punkte:

- \* den gesetzlichen Auftrag der Tageseinrichtungen sowie die Regelungen zur fachlichen Qualität,
- \* den Bildungsauftrag verbunden mit der Erstellung einer Bildungsdokumentation als grundsätzliche Aufgabe einer Tageseinrichtung,
- \* die Förderung der Einrichtungen durch Kindpauschalen und die Sicherung der Kaltmiete als eine garantierte Leistung,
- \* die Stellung der Kindertagespflege, insbesondere die Sicherung der pädagogischen Qualität,
- \* die Sicherung des Datenschutzes und der Vorrang der Eltern bei der Erhebung von kindbezogenen Daten.

Minister Laschet erklärte heute zu den Stellungnahmen: "Ich bin den Verbänden dankbar für die differenzierten Stellungnahmen. Ich kann verstehen, dass ein neues Gesetz, welches auch grundlegende Veränderungen mit sich bringt, zu Unsicherheiten führt. Ich möchte aber ausdrücklich betonen, dass es mir darum geht, den gefundenen Konsens zu sichern. Dort, wo er nach Auffassung der Trägerverbände nicht präzise genug umgesetzt wurde, wird das Gesetz vor Kabinettsbeschluss verbessert. Wir haben den festen Willen, den Konsens 1:1 ins Gesetz zu übernehmen."

Aus diesem Grund hat Minister Laschet persönlich die Spitzenverbände der freien und öffentlichen Träger, die Kirchen und die Landesjugendämter nach Abschluss der Verbändeanhörung zu einem weiteren Gespräch über den Gesetzentwurf eingeladen. Dieses wird spätestens Anfang Mai stattfinden. Laschet: "Wir wollen den Dialog und wir wollen das neue Gesetz gemeinsam realisieren. An diesem Ziel werde ich festhalten. Ich bin zuversichtlich, dass wir bis zum Regierungsentwurf eine Lösung in den strittigen Fragen erreichen werden."

Die Stellungnahmen werden jetzt im Ministerium ausgewertet und nach einer ersten grundlegenden Bewertung Eingang in die Gesetzesvorlage finden.

Quelle: Pressemitteilung Nr. 420/4/2007 des MGFFI vom 19.04.2007